

Betreff: Unsere Antwort auf Ihre E-Mail: KlimaMontag
Von: CDU-Fraktion Berlin
Datum: 04.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Team Berlin4Future,

ich danke Ihnen sehr für Ihre Nachricht und Ihr Engagement. Im Namen meiner Fraktionskollegen, die gleichlautend Ihre E-Mail erhalten haben, antworte ich Ihnen gern.

Die Bundesregierung unter Führung der CDU hat Mindestklimaziele und Klimaprojekte beschlossen, die inzwischen im Deutschen Bundestag parlamentarische Mehrheiten finden. Als CDU in Berlin – sowohl in der Partei als auch in der Fraktion – beschäftigen wir uns mit der Frage, wie es mit dem Klima besser werden soll. Wir haben uns auf den Weg gemacht mit einem Beschluss „Berlin 2040 – Auf dem Weg zur nachhaltigen Metropole“, der konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Stadt Berlin beinhaltet. Gern habe ich Ihnen den Beschluss vom Landesparteitag beigefügt.

Die jetzige Regierungskoalition von SPD, Linken und Grünen hatte sich im Koalitionsvertrag von 2016 (vgl. <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung>) mit Blick auf den Klimaschutz viel vorgenommen. Allerdings liegen auch über vier Jahre nach Regierungsantritt Anspruch und Wirklichkeit im Bereich der Klimaschutzpolitik in Berlin weit auseinander.

Die Bundesregierung hat schon lange ein Klimapaket verabschiedet, Berlin streitet sich noch immer darüber. Rot-Rot-Grün war lediglich schnell, als es im Dezember 2019 darum ging, die Klimanotlage auszurufen. Doch das Ausrufen einer Klimanotlage allein bringt wenig, wenn nicht gleichzeitig ausreichende Mittel für zum Beispiel energetische Sanierungen zur Verfügung gestellt werden, wie ich in meiner Presseerklärung „Klimanotlage ist grüne Nebelkerze“ ausgeführt habe ([LINK](#)): Für die Bezirke ergaben sich daraus keinerlei Vorteile oder neue Möglichkeiten, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Der Sanierungsrückstau ist sehr hoch: „Vor allem FeuerwehrWachen, Polizei- oder Justizvollzugsgebäude sind weiter in einem beklagenswerten Zustand. Den Bezirken fehlen die Mittel und das Personal, Sanierungsfahrpläne aufzustellen und umzusetzen. Oder um sich um den Erhalt und die regelmäßige Pflege von Grünanlagen zu kümmern. Wie soll da zusätzlich die Pflege von begrünten Dächern und an Fassaden gestemmt werden? Diese stellen einen zentralen Bestandteil bei der Reduzierung der Regenwassereinleitungen in die Kanalisation dar und dürfen deshalb nicht vernachlässigt werden.“ Auch bei der Schaffung von Fassaden- und Dachbegrünung bleibt der Senat deutlich hinter den eigenen Planungen zurück. Das 1000 Grüne Dächer Programm funktioniert nicht, in den ersten eineinhalb Jahren wurden lediglich 20 Anträge bewilligt. Die für das Programm zur Verfügung stehenden Mittel würden ohnehin für nicht einmal 100 Dächer reichen.

Als CDU-Fraktion Berlin wollen nicht nur über Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz reden, sondern diese auch umsetzen, um unsere Erde zu erhalten. Hier kommt Berlin als Metropole eine besondere Verantwortung zu. Dieser stellen wir uns als CDU-Fraktion Berlin im Rahmen unserer Oppositionsarbeit mit unseren parlamentarischen Initiativen, denn in vielen Plenardiskussionen wird immer wieder deutlich, dass wir die Schwerpunkte in der Umsetzung legen müssen. Aus diesem Grund möchte ich auf die Parlamentsdokumentation aufmerksam machen ([LINK](#)).

Berlin soll zur Umwelt- und Klimaschutzmetropole Europas werden. Die Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit liegt nicht in Verbot und Rückschritt, nicht im Gegeneinander von Ökologie und Ökonomie und nicht in der Mehrbelastung von Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist die Innovation, die uns voranbringt, das Miteinander, die richtigen Anreize und die gemeinsame Anstrengung. Der Ordnungsrahmen sind die international vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele und die Einhaltung der 1,5°-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens. Unser Leitbild ist die ÖkologischSoziale Marktwirtschaft und Berlin muss als Hauptstadt mit gutem Beispiel vorangehen. Daher empfehlen wir eine Enquete-Kommission Klimaschutz einzurichten, die sich an der im Mai 2020 in der Freien Hansestadt Bremen konstituierten Kommission orientiert. Die Enquete-Kommission wird durch Experten, Vertretern aus Zivilgesellschaft und den Senatsverwaltungen begleitet. Ihre Aufgabe ist es, unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange Maßnahmen für den Klimaschutz zu entwickeln und Umsetzungsprobleme in den Berliner Verwaltungen zu identifizieren und zu beheben.

Gerne stehe ich Ihnen als zuständiger Sprecher der CDU-Fraktion für den persönlichen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Danny Freymark, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin